

"Genf und die internationalen Organisationen"

Erklärung des Vorstehers des Politischen Departements,
Bundesrat Willy Spühler, anlässlich der Pressekonferenz in Genf,
am 26. Juni 1967

Ich freue mich über die mir gebotene Gelegenheit, hier mit Ihnen zusammenzutreffen und mich mit Ihnen unterhalten zu können. Die Anwesenheit eines Mitgliedes des Bundesrates an dieser Pressekonferenz ist ein Zeichen dafür, dass unser Thema "Genf und die internationalen Organisationen" auch bei den Bundesbehörden, und zwar in zunehmendem Masse, Interesse findet.

Ihre Stadt nimmt auf der internationalen Szene eine aussergewöhnliche Stellung ein, über deren Bedeutung man sich wohl am ehesten aus einiger Distanz, bei einer Reise oder einem Aufenthalt im Ausland, Rechenschaft gibt. Schon lange bevor sich hier internationale Organisationen niedergelassen haben, hatte diese Stadt eine ganz besondere Ausstrahlung. Sie war Wiege bedeutender Ideen von weltweiter Geltung, die mithalfen, unsere Welt massgebend zu prägen. Genf war dazu bestimmt, in einer für unser Jahrhundert charakteristischen Aufgabe - bei der internationalen Zusammenarbeit - eine hervorragende Rolle zu spielen. Da diese neue Rolle dem Wesen Ihrer Stadt zutiefst entsprach, hat Genf die neue Aufgabe 1913 spontan und mit grosszügiger Selbstverständlichkeit übernommen. Genf hat sie allein übernommen und war bereit, den Pflichten des Gastgebers aus eigenen Kräften zu genügen.

In der Zwischenzeit hat die internationale Zusammenarbeit ein ungeahntes Ausmass angenommen. Die bestehenden Organisationen sind gewachsen, neue Institutionen haben sich dazugesellt, insbesondere nach der Unabhängigkeitserklärung zahlreicher neuer Länder, die von den alten und reicheren Staaten bei ihren ersten Schritten auf allen Gebieten Hilfe und Unterstützung erwarten. Diese Entwicklung hat dazu geführt, dass auch die Verantwortung Genfs mannigfaltiger und seine Pflichten schwerer wurden.

Der Bund war Genf stets für die Beherbergung der internationalen Organisationen dankbar. Der Bundesrat ist sich bewusst, dass Ihre Stadt auf diese Weise im Namen des gesamten Landes eine wichtige Aufgabe unserer Aussenpolitik erfüllt. Die Aussenpolitik der neutralen Schweiz steht, im Rahmen unserer Möglichkeiten, im Dienste des Friedens und einer gerechten und friedlichen Regelung der Spannungen, Händel und internationalen Konflikte, die - jeder auf seine Weise - den Frieden gefährden. Die internationale Zusammenarbeit ist zweifellos der beste Weg zur Beseitigung der Ursachen neuer Auseinandersetzungen und zur Lösung bestehender Konflikte. Die Schweiz ist es sich schuldig, bei dieser Zusammenarbeit ihren Beitrag zu leisten. Sie tut dies, wie Sie wissen, indem sie Mitglied zahlreicher internationaler Organisationen ist. Sie tut es auch, indem sie diesen Organisationen Gastrecht gewährt und indem sie die Verwirklichung der ihnen übertragenen Aufgaben zu erleichtern und fördern versucht. Aus dieser Situation ergibt sich die Bedeutung Genfs als Sitzstadt von 12 der wichtigsten zwischenstaatlichen Organisationen.

Der Erfolg Genfs bei der Erfüllung dieses Auftrages ist ein Beitrag unseres Landes an die internationalen Organisationen und an die internationale Zusammenarbeit und zwar in demselben Masse wie unsere finanziellen Beiträge oder die Mitarbeit unserer Delegationen und schweizerischer Experten in diesen Institutionen. Durch die Art, in der Ihre Stadt ihrer Verpflichtung nachkommt, trägt sie auch massgebend dazu bei, das Bild der Schweiz im Ausland zu prägen; die Persönlichkeiten, die auf dem Gebiet der internationalen Zusammenarbeit tätig sind, beurteilen unser Land und den Wert der schweizerischen Neutralität oft auf Grund der Eindrücke, die sie in Ihrer Stadt empfangen. Zweifellos ist auch unsere Neutralität ein Teil der Anziehungskraft Genfs. Ursprüngliche genferische Wesensart und Aufgaben vereinigen sich hier mit einer jahrhundertealten schweizerischen Tradition. Die Präsenz internationaler Organisationen in unserem Land, die hier eine günstige Arbeitsatmosphäre finden, unterstreicht den Wert unserer Neutralität, indem sie beweist, dass wir dank der Neutralität oft in noch weiterem Masse als andere Staaten für die Sache des

- 3 -

Friedens und der internationalen Zusammenarbeit einstehen können. Das internationale Genf ist für die Schweiz ein auf die Welt geöffnetes Fenster. Das internationale Genf ist nicht nur das Genf der Sitzgebäude, der Büros und der internationalen Beamten, sondern gleichzeitig ein Ort, wo der Geist der Caritas und der Oekumene aufeinander einwirken, ein Ort des Gedankenaustausches, wo man sich gemeinsam den grossen Problemen unserer Welt zuwendet, wo gegen Entwicklungsprobleme, gegen Krankheiten und Seuchen gekämpft wird, wo man die Bedingungen auf dem Arbeitssektor zu verbessern sucht, wo das Atom erforscht wird. Auf diese Weise ist Genf für uns alle Quelle einer grossen geistigen Bereicherung.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass die Verpflichtungen Genfs bedeutend schwerer geworden sind. Obschon die Präsenz der internationalen Organisationen unzweifelhaft materielle Vorteile mit sich bringt, stellt sich doch das Problem einer Verteilung der Lasten zwischen Kanton und Eidgenossenschaft. Eine erste Lösung wurde bereits 1964 durch die Gründung der FIPOI gefunden; seither wird der Bau und die Erweiterung von Sitzgebäuden internationaler Organisationen durch die Eidgenossenschaft finanziert, deren Darlehen und Zuwendungen trotz der augenblicklichen finanziellen Schwierigkeiten des Bundes bereits rund 250 Millionen Franken betragen. Durch die Anwesenheit der internationalen Organisationen ergeben sich jedoch auch andere Probleme. Wir haben uns deshalb im Politischen Departement entschlossen, zusammen mit den Genfer Behörden zu prüfen, welche Massnahmen sich hier aufdrängen. Es handelt sich vorerst darum, die Ausgangslage abzuklären. Dies geschah durch die Studie "Genf und die internationalen Organisationen", die ich Ihnen heute übergebe und die, wie wir hoffen, gewisse Missverständnisse zerstreuen wird. Es wurde ausserdem eine Gemischte Kommission geschaffen, die ihre Arbeit bereits aufgenommen hat. In der Kommission sind das Politische Departement, die Eidgenössische Finanzverwaltung, die Eidgenössische Steuerverwaltung und der Kanton Genf vertreten; sie untersucht die Möglichkeiten der Eidgenossenschaft, die finanziellen Lasten Genfs, die sich durch die Anwesenheit internationaler Organisationen ergeben, zu

erleichtern. Was die Steuerbefreiung der internationalen Beamten betrifft, ist die Kommission bereits zum Schluss gekommen, dass es nicht möglich ist, die bestehende Regelung abzuändern; wir werden später auf die Gründe dieses Entscheides zurückkommen. Es müssen jedenfalls andere Wege gesucht werden. Die Kommission hat sich in positivem Geiste an ihre Aufgabe gemacht und ich hoffe, dass sie schon in nächster Zeit dem Bundesrat Bericht erstatten wird.

Diese Bemerkungen zeigen Ihnen, dass der Bund den Problemen, mit denen sich Genf konfrontiert sieht, nicht unbeteiligt gegenübersteht. Die Eidgenossenschaft kann dies umso weniger, als seit einiger Zeit eine ernst zu nehmende Konkurrenz zwischen Ländern besteht, die internationale Organisationen auf ihrem Gebiet beherbergen möchten, weil sie sich des politischen Wertes der Sitznahme solcher Institutionen bewusst sind. - Die Stellung Genfs und damit auch der Schweiz ist deshalb nicht mehr unbestritten. Eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundes- und Kantonsbehörden, aber auch zwischen der Bevölkerung und der internationalen Gemeinschaft, die unter uns weilt, scheint uns deshalb wichtiger denn je zu sein.

Genf kann auf die Hilfe der Eidgenossenschaft zählen, wie auch die Eidgenossenschaft darauf zählt, dass Genf seiner Mission treu bleibt.
